

- 8. JUNI 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/129 - 8. Juni 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3

"Europäische Wahlen" ?

132

Wünsche und Realitäten

Von Ludwig Metzger, MdB

3

Das Märchen aus dem Ruhrgebiet

20

"Moralische Aufrüstung" und was wir den
Amerikanern von ihr erzählt

4 - 4a

Kraftprobe zwischen Staat und Gewerkschaften

80

Frankreich steht im Zeichen des größten
Arbeitskampfes seit sieben Jahren

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

5 - 6

Immer noch innenpolitische Unsicherheit in Italien

74

Der Landestag der Democrazia Cristiana und die Sitzung
des Zentralkomitees der Linksozialisten

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franco Magnani

7

Das Opfer der "anderen Seite"

39

90 000 amerikanische Soldaten liegen in
Nordfrankreich begraben

Von H.G. Sollenthin

* * *

"Europäische Wahlen"?

Wünsche und Realitäten

Von Ludwig Metzger, KdB

In der letzten Zeit ist viel von europäischen Wahlen die Rede gewesen. Es handelt sich allerdings nicht um Wahlen für ganz Europa, sondern für das Europa der "Sechs". Für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft ist eine Versammlung - das Europäische Parlament - bestellt worden. Die sechs europäischen Länder, Frankreich, Italien, Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Niederlande und Luxemburg, bilden diese drei Gemeinschaften. Das Europäische Parlament besteht aus Abgeordneten, die von den Parlamenten eines jeden Mitgliedsstaates aus ihrer Mitte ernannt worden sind. Die Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft sehen vor, daß die Versammlung (das Europäische Parlament) Entwürfe für allgemeine, unmittelbare Wahlen in einem einheitlichen Verfahren in allen Mitgliedsstaaten ausarbeitet. Eine Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments hat sich seit längerer Zeit mit einem Entwurf für die Wahlen befaßt; die von ihm erarbeitete Konvention ist von dem Plenum des Europäischen Parlaments mit Mehrheit angenommen worden. Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten haben sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Die SPD ist grundsätzlich für direkte europäische Wahlen, was praktisch im Augenblick Wahlen zum Europa der Sechs bedeutet. Sie ist aber der Auffassung, daß zunächst die Voraussetzungen für diese Wahlen geschaffen werden müssen. Die Europäischen Verträge schreiben nicht den Zeitpunkt dieser Wahlen vor. Es ist sehr wohl die Möglichkeit gegeben, Vorfragen zu klären und zu lösen.

Parlament ohne entscheidende Befugnisse

Die Konstruktion der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der beiden anderen Gemeinschaften ist nicht glücklich. Die nationalen Parlamente haben Zuständigkeiten abgegeben, die nicht auf das Europäische Parlament, sondern auf den Ministerrat übergegangen sind. Die Demokratie beruht auf dem Gedanken der Gewaltenteilung; das Parlament kontrolliert die Exekutive und hat die Gesetzgebungsgewalt. In den Europäischen Gemeinschaften ist der Gedanke der Gewaltenteilung geradezu pervertiert. Die Gesetzgebungsgewalt liegt bei einem Exekutivorgan, nämlich den Ministerräten der drei Gemeinschaften. Nicht einmal das Budgetrecht besitzt die Europäische Versammlung. Sie hat lediglich ein sehr beschränktes Kontrollrecht, aber nicht etwa gegenüber den Ministerräten, sondern nur gegenüber den beiden Kommissionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Atomgemeinschaft, sowie gegenüber der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Aber selbst die Ausübung des Kontrollrechts gegenüber diesen drei Exekutivorganen ist erschwert. Das Europäische Parlament kann zwar durch einen Mißtrauensantrag diese drei Organe stürzen. Der Antrag bedarf aber einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen und der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder der Versammlung.

Änderung der Verträge notwendig

Es ist die Frage, ob man es verantworten kann, die Bevölkerung der sechs Mitgliedsstaaten zu einer Wahl für eine Versammlung aufzurufen, die so wenig Befugnisse hat und die kaum ein wirkliches Parlament genannt werden kann. Die Befürworter der Wahl um jeden Preis sagen, daß das Europäische Parlament, das direkt gewählt ist, so viel Prestige gewinne, daß es leicht die ihm fehlenden Zuständigkeiten erwerben werde. Hier muß aber ein großes Fragezeichen gesetzt werden. Die Zuständigkeiten, die das Europäische Parlament nach der Wahl erwerben will, liegen ja nicht auf der

Straße; sie sind in festen Händen. Sie müssen, um es deutlich zu sagen, dem Ministerrat genommen werden, damit sie dem Parlament übertragen werden können. Das kann nur durch eine Veränderung der Verträge erreicht werden. Die Erfahrung lehrt, daß derjenige, der Zuständigkeiten besitzt, sie nicht gerne abgibt. Es ist nicht einzusehen, warum die Ministerräte nach den Wahlen eher bereit sein sollen, die Möglichkeit, in eigener Machtvollkommenheit ohne die Mitwirkung des Parlaments zu entscheiden, aus der Hand geben werden als vor der Wahl. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass die Ministerräte nach dem Eintritt einer gewissen Beruhigung nach erfolgter Wahl viel eher die Neigung haben, nichts zu tun und alles beim alten zu lassen. Wenn schon um die Veränderung der Verträge gekämpft werden muss, sollte dieser Kampf vor den Wahlen geführt werden.

Gefahr für den europäischen Gedanken

Wir haben das Bedenken, dass durch eine Wahl zu einer Versammlung, die praktisch kein Parlament ist, der europäische Gedanke nicht gefördert wird, sondern mit grösster Wahrscheinlichkeit einen Rückschlag erleiden wird. Bei einem Wahlkampf zum Europäischen Parlament gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder man tut so, als ob ein wirkliches Parlament mit grossen Möglichkeiten gewählt wird, entfacht europäische Begeisterung und bringt die Wähler an die Wahlurnen. Dann wird sich sehr bald herausstellen, dass die Versprechungen nicht gehalten werden können, weil die gewählte Versammlung nicht die Macht - d.h. nicht die Kompetenzen - dazu hat. Die Wähler müssen notwendigerweise enttäuscht sein und das Gefühl haben, dass sie im Wahlkampf belogen worden sind. (Der nun sagt vor der Wahl, dass eine Versammlung mit ganz geringen Zuständigkeiten gewählt werden soll, dass man aber die Hoffnung habe, sie werde nach der Wahl weitere Zuständigkeiten erwerben. Wie soll aber dann der erklärte Zweck eines Wahlkampfes erreicht werden, nämlich Interesse und Begeisterung für die europäische Sache zu erwecken?)

Ein schwieriger Weg

Die deutschen Sozialdemokraten - die von einigen anderen Abgeordneten unterstützt werden -, sind mit ihrer Forderung, dass die Verträge geändert und die Zuständigkeiten der Versammlung vor der Wahl erweitert werden, nicht durchgedrungen. Immerhin hat das Plenum des Europäischen Parlamentes in einer Erklärung vor aller Öffentlichkeit wenigstens die Forderung erhoben, dass das Europäische Parlament gesetzgeberische Gewalt erlangt und ein wirkliches Parlament wird. Damit sind die Wahlen zwar nicht von einer vorhergehenden Änderung der Verträge abhängig gemacht worden, es bleibt aber zu hoffen, dass die Verantwortlichen auf die Dauer nicht übersehen können, an welcher Konstruktionsfehler die Europäischen Gemeinschaften leiden. Bis zur Durchführung der europäischen Wahlen selbst beim besten Willen ohnedies noch einige Jahre vergehen. Bis dahin werden wir sehen, wie weit das Problem des Umbaus der Europäischen Gemeinschaften und der Zuständigkeiten seines Parlaments gediehen ist.

In der Beschränkung zeigt sich der Meister

Ein weiteres wichtiges Bedenken, das von allen deutschen Abgeordneten geteilt wird, ist nicht aus dem Weg geräumt worden. Die Arbeitsgruppe hat vorgeschlagen, dass das gewählte Parlament dreimal so viele Mitglieder haben soll als die jetzige Versammlung. Das würde bedeuten, dass es 426 Mitglieder hätte, wovon Zweidrittel direkt gewählt werden sollen und ein Drittel durch die nationalen Parlamente zu ernennen wäre. Wir waren der Meinung, dass das eine nicht zu verantwortende Aufblähung ist und dass sich in der Beschränkung der Meister zeigt. Es muss bedacht

werden, dass es sich um ein Parlament handelt, in dem Vertreter von sechs Völkern sitzen und in dem vier Sprachen gesprochen werden. Je grösser es wird, um so grösser werden die technischen Schwierigkeiten; die sprachliche Verständigung wird schwieriger. Bei einem überschaubaren Parlament können solche Hindernisse überwunden werden. Wenn aber über vierhundert Abgeordnete aus sechs Völkern zusammensitzen, wird es schwer, dass sie sich wirklich kennenlernen und miteinander arbeiten können. Je schwerfälliger der Apparat wird, um so weniger werden vernünftige Ergebnisse erzielt werden können. Der Vergleich mit nationalen Parlamenten gleicher Grösse muss schon deswegen hinken, weil in ihnen nur eine Sprache gesprochen wird. Die deutschen Abgeordneten waren deshalb der Meinung, dass eine Verdoppelung der gegenwärtigen Zahl der Parlamentsmitglieder mehr als ausreichend sei. Aber auch diesen schwerwiegenden Bedenken hat die Mehrheit des Europäischen Parlaments nicht Rechnung getragen. Sie hat eine Verdreifachung in dem beschlossenen Entwurf vorgeschlagen.

Alle diese Gründe haben die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten veranlasst, sich der Stimme zu enthalten. Sie haben erklärt, sie wollten durch ihre Nichtzustimmung zu dem Entwurf in aller Öffentlichkeit die Verantwortlichen darauf aufmerksam machen, dass einiges noch nicht in Ordnung sei. Wenn sie zu dem Entwurf nicht "Nein" sagten, so wollten sie seine positiven Gedanken und Ansätze anerkennen. Ihre Stimmenthaltung bezeichneten sie als einen konstruktiven Beitrag, durch den die Hoffnung und der Wille, doch noch eine europäische und doch demokratischen Gedanken dienende Lösung zu finden, gestärkt werde.

+ + +

Das Märchen aus dem Ruhrgebiet

F.H. - Die Zeitungen der amerikanischen Hauptstadt veröffentlichen in diesen Tagen gross aufgemachte Berichte über den Besuch von 60 westdeutschen Bergarbeitern, die als Amateurechauspieler mit einem Tendenzspiel "Hoffnung" durch die USA reisen.

Es ist eines der Schauerstücke der sogenannten "Moralischen Aufrüstung", die mit amoralischen Mitteln, gemeinsamen Tellerwaschen und Selbstbezeichnungen Propaganda für die Beseitigung der Klassenunterschiede im allgemeinen und ihren Führer Buchman im besonderen zu betreiben pflegt.

Charakteristisch für die Reklame dieser Bewegung ist die Behauptung im Werbevorspann:

1948, als über 72 Prozent der Bergarbeitergewerkschaften Deutschlands kommunistisch beherrscht waren, kam eine ideologische Bewegung, "Moralische Aufrüstung" genannt, ins Ruhrgebiet. Vier Jahre später war der KP-Einfluss auf 8 Prozent gefallen. Bundeskanzler Adenauer erklärte, die "Moralische Aufrüstung" habe den Bergarbeitern eine neue Ideologie und neue Hoffnung gegeben.

("Washington Post", 23.5.1960)

Das alles ist, auf Punkt und Komma, unwahr; aber der Zweck heiligt offenbar das Mittel der "Moralischen Aufrüstung", und 5 000 Meilen von der Ruhr entfernt kann man ehrungslosen Amerikanern viel erzählen ...

+ + +

Kraftprobe zwischen Staat und Gewerkschaften

Frankreich steht im Zeichen des größten
Arbeitskampfes seit sieben Jahren

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

Der Generalstreik der Eisenbahner von acht Tagen war nur der Auftakt für eine Bewegung, die in dieser Woche mehrere Millionen Arbeitnehmer aller Kategorien umfaßt, besonders über eine Million Staatsangestellte. Fast alle lebenswichtigen Einrichtungen und Betriebe werden in den nächsten Tagen stillstehen. Die Arbeitsniederlegung ist teilweise für 24 Stunden vorgesehen; verschiedene Gewerkschaften drängen aber bereits auf längere Streiks bis zur Durchsetzung ihrer Forderungen.

Die französischen Massenstreiks haben tiefe Ursachen, die teilweise schon Jahre zurückliegen. Schon in der Vierten Republik ist die Kaufkraft ständig gesunken, und in der Fünften Republik hat sich dieser Zustand durch die Austeritätspolitik und den Lohnstopp noch verschärft. Bis vor einigen Monaten waren die französischen Arbeitnehmer durch politische Ereignisse gebannt. Man hoffte auf die Entspannung zwischen West und Ost und wollte de Gaulle nicht in seinen Bemühungen um das Gelingen der Gipfelkonferenz durch Streikbewegungen stören. Auch die Hoffnung auf einen baldigen Frieden in Algerien war ein Anlaß zur Zurückhaltung der Gewerkschaften aller politischen Richtungen. Die psychologischen Bremsen funktionieren nicht mehr, und die Bewegung, die in vielen Monaten gereift ist, kommt jetzt zum Ausbruch.

Sie setzte vor zwei Monaten mit spontanen Teilstreiks ein, die von den Gewerkschaftsführungen nicht organisiert und teilweise auch nicht gewünscht waren, sei es aus politischer Rücksicht, sei es aus Furcht vor einem Scheitern.

Die französischen Arbeiter haben aber wieder ihr Selbstvertrauen gewonnen. Schon der einstündige politische Generalstreik am 1. Februar 1960 gegen die Algerien-Putschisten gab der gesamten Arbeiterschaft das Bewußtsein ihrer Kraft. Die Teilstreiks in den verschiedenen Bahnhöfen verliefen in den letzten Wochen erfolgreich und führten in der vergangenen Woche zum 24-stündigen Eisenbahnerstreik, ohne daß die Regierung Maßnahmen ergriff. Man muß daran erinnern, daß in Vorjahren um die gleiche Zeit ein Generalstreik der Eisenbahner durch die Drohung mit Zwangsmobilisierung verhindert wurde. Diesmal brach die Bewegung aber plötzlich aus und war so elementar und geschlossen, daß von Regierungsseite zunächst keine Reaktion erfolgte.

Die Gewerkschaftszentralen aller Richtungen haben sich nun entschlossen, dem von unten kommenden Druck nachzugeben und größere Arbeitsnieder-

derlegungen zu organisieren. Dabei geht es nicht nur um Lohn- und Gehaltsforderungen, sondern auch um bessere Arbeitsverhältnisse. So verlangen die Eisenbahner die sofortige Lohnerhöhung und die Wiederherstellung der 40-Stunden-Woche. Das Versprechen, die Gehälter im Laufe der nächsten zwei Jahre zu erhöhen, konnte nicht beruhigen.

Die Einmütigkeit der Gewerkschaftsorganisation verschiedener politischer Richtung muß hervorgehoben werden. Die christlichen und die unabhängigen Gewerkschaften spielen eine besondere aktive Rolle im guten Einvernehmen mit den sozialistisch und kommunistisch organisierten Verbänden. Die gegenwärtige Massenbewegung hat tiefe soziale Wurzeln und erfasst viele Arbeitnehmer, die gewerkschaftlich überhaupt nicht organisiert und auch politisch nicht gebunden sind.

Die Regierung hat in dieser Woche den Beschluß gefaßt, auf die ständige gewerkschaftliche Bewegung einerseits mit Verhandlungsbereitschaft, andererseits aber mit Zwangsmaßnahmen zu antworten. Als erstes einschreckendes Beispiel wurden 29 Angestellte der Pariser Verkehrsmittel entlassen und sollen vor ein Disziplinargericht gestellt werden. Zugleich spricht man auch von der Möglichkeit einer militärischen Zwangsmobilisierung der Streikenden. Bei der gegenwärtigen Stimmung könnten solche Maßnahmen aber die entgegengesetzte Wirkung haben, nämlich nicht abschreckend, sondern zu einer Ausbreitung der Bewegung beitragen.

Die Fünfte Republik ist in dieser ersten großen sozialen Auseinandersetzung erheblicheren Gefahren ausgesetzt als die Vierte Republik, in welcher es vermittelnde politische Kräfte gab, einen ausgeprägten Parlamentarismus und ein einflußreiches Parteiwesen. Im Juni 1966 stehen die Gewerkschaften direkt dem Staat gegenüber. Es ist auch kein Zufall, daß General de Gaulle vor einigen Tagen den Vorsitzenden des sozialistisch organisierten Gewerkschaftsbundes Force Ouvrière, Botherreau, empfangen hat, wenn auch über den Inhalt dieses Gespräches nichts bekannt wurde. Die sozialistischen Gewerkschaftler stehen mehr als die anderen mit Entschlossenheit an der Spitze der Arbeitnehmer, insbesondere der Staatsangestellten. Die sozialistischen Parlamentarier warnten am Dienstag in der Nationalversammlung vor der "Gleichgültigkeit, dem Hochmut und der Ungerechtigkeit". Ihr Ruf wurde nicht gehört. Die Kraftprobe ist jetzt unvermeidlich geworden.

Während es ursprünglich so aussah, als wollten die Kommunisten, die den bei weitem stärksten Gewerkschaftsbund (CGT) politisch beherrschen, nach der gescheiterten Gipfelkonferenz die allgemeine soziale Unruhe für ihre politischen Zwecke ausnutzen, kann jetzt festgestellt werden, daß die christlichen und sozialistischen Gewerkschaftsgruppen praktisch die Führung der sozialen Bewegung übernommen haben. Offenbar wollen die Kommunisten vermeiden, daß sie im Augenblick allzu sehr in das Blickfeld geraten, was nicht bedeutet, daß sie darauf verzichten, die ihnen politisch nächstehenden Arbeitermassen in Bewegung zu halten. + + + - 5 -

Inner noch innenpolitische Ungewissheiten in Italien

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Nenni hatte die Sitzung des Zentralkomitees der Sozialistischen Partei absichtlich um einige Tage hinausgeschoben, um in der allgemeinen Debatte auch das Ergebnis des christlichdemokratischen Landesrates einbeziehen zu können. Wie anzunehmen war, haben die in Rom zusammengekommenen christlichdemokratischen Landesräte nichts Neues beschlossen, und die Tagung endete mit einem Kompromiß, der die Dinge so läßt, wie sie waren. Das Schwanken der DC, ihre Unsicherheit und ihr inneres Zerwürfnis bleiben nach wie vor bestehen. Einzig ist die Entschiedenheit zu verzeichnen, mit welcher der Generalsekretär Moro für eine Regierung der "linken Mitte" eingetreten ist, während er noch vor einem Jahr auf dem christlichdemokratischen Parteitag in Florenz den Anschein erweckte, als könne er sich nicht recht dafür entscheiden.

Sieht man von einigen kleinen Nebengruppen ab, so kann man sagen, daß die DC heute in zwei große Blöcke zerfällt. Der eine - mit Fanfani und heute auch Moro an der Spitze - sieht in einer Regierung der linken Mitte den einzigen Weg zur Überwindung der langandauernden Krise; der andere - dessen prominenteste Persönlichkeiten Segni und Rumor sind - möchte zu einer Regierung der rechten Mitte (gebildet zusammen mit den Monarchisten und Liberalen) zurückkehren. Für Segni bietet Nenni noch nicht genügend Gewähr dafür, daß er sich unwiderruflich von den Kommunisten abgewandt hat. Segni fürchtet weiterhin, daß die Christlichdemokraten ihre Bewegungsfreiheit verlieren und Gefahr laufen würden, in die Abhängigkeit der Linkskräfte zu geraten. Der ganze Meinungsstreit entfachte um diese Grundfragen der christlichdemokratischen Politik und um die Richtungslinien des politischen Katholizismus in Italien: soll die DC Nenni die Hand zur Mitarbeit anbieten oder die alten Partner zurückgewinnen?

Der "Landestag" gelangte zu keiner Gesamtbestimmung. Es wurden über einzelne Abschnitte der Motion abgestimmt, wobei die zustimmenden Mehrheiten wechselten. Tatsache ist, daß eine Kompromißlösung ausgearbeitet wurde, die alle Möglichkeiten offen läßt. Praktisch äußert sich die Unsicherheit und die Unschlüssigkeit der DC darin, daß die auf neofaschistische Stimmen gestützte sog. "geschäftsführende Regierung" Tanfonis geschildet und möglicherweise sogar über den Herbst hinaus akzeptiert wird.

In seiner Rede im Zentralkomitee legte der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Nenni, die Rede Moros im christlichdemokratischen Landestag positiv aus. In der Tat hatte Moro noch nie in solch deut-

licher Weise gesagt, daß für ihn eine Regierung, gebildet aus CD, Sozialdemokraten und Republikanern mit dem direkten oder indirekten (Stimmhaltung im Parlament) Beistand der PSI die einzig annnehmbare und mögliche Lösung darstelle, um aus der Krise herauszukommen. Loro ging so weit, in seinem Rechenschaftsbericht gegen einen "Antikommunismus bürgerlicher Art" zu sprechen, was sicherlich Nenni wiederum beim Überwinden der Schwierigkeiten in der eigenen Partei behilflich war.

Die in Südtirol erzielten Stimmengewinne der Linksozialisten bestätigen Nenni, daß seine Linie - die allgemein als diejenige eines "Gesprächs mit den Katholiken" definiert werden kann - auch vom "Partei-volk" genehmigt wird.

Die Senats- und Kammerfraktion dagegen bereiten Nenni einiges Kopfzerbrechen. Diese haben in den letzten Tagen einen von 44 Abgeordneten und Senatoren unterschriebenen Brief veröffentlicht, in dem gesagt wird, daß die Unterzeichneten gegen die Interpretation des Scheiterns der Gipfelkonferenz von seiten der Parteiführung protestieren. Diese hatte seinerzeit eine Meldung herausgegeben, in der auch Chruschtschow als Mitverantwortlicher des Pariser Fiaskos hingestellt wird, während die zum linken Flügel der PSI gehörenden Parlamentarier die Verantwortung dafür nur der amerikanischen Politik und ihren Spionageflügen über Sowjetrussland zuschreiben.

Auch in der PSI verschärft sich die Haltung der beiden Flügel. Die Mittelgruppe um Basso hat sich zusehends der Linken genähert, obwohl sie immer betont, es bestünde keine Verschmelzung zwischen Basso und der Linken. Dem linken Flügel der PSI erscheint die "Öffnung nach rechts" als ein gefährliches Risiko. Er fürchtet in die Abhängigkeit der DC zu gelangen und nach und nach sich als antikommunistische Positionen festzunageln. Die PSI läuft Gefahr - so meint der linke Flügel - eine "zweite Sozialdemokratische Partei" zu werden und bei den nächsten Wahlen Stimmen zu verlieren. Nenni aber ist seiner Sache sicher. Obwohl er keine offizielle Absage an die KPI erteilt hat, läßt seine politische Haltung kaum mehr Zweifel darüber aufkommen, daß er es mit seiner Distanzierung von den Kommunisten ernst meint.

Die Abstimmungen auf dem Zentralkomitee haben der Motion Nenni wiederum die Mehrheit gesichert; (Nenni 45 Stimmen, Linker Flügel 26, Basso 7). Obwohl er mit einer beachtlichen Opposition in seiner Partei rechnen muß, weist alles darauf hin, daß der autonomistische Flügel um Nenni fester geworden ist, und daß er auch in der Partei beachtliche Gewinne erzielt hat.

Das Opfer der "anderen Seite"

Von H.G. Stillerthün

Wer durch die Benelux-Länder reist und nach Nordfrankreich kommt, findet sie aller Orten: Die amerikanischen Soldatenfriedhöfe liegen am Rande der grossen Strassen. Sie sind meist sehr großzügig ausgestattet, mit Denkmälern, Plastiken, weiten Rasenflächen, Teichen und Wasserspielen, Delphinen und Tierfiguren, hoher Mahnsäulen, Kapellen und Besucherkäusern. Und über der weiten gepflegten Landschaft wehen die "Stars and Stripes". Unter ihnen die tausende und abertausende weissen Marmorkreuze. Dazwischen dann und wann immer wieder ein Magen David, das jüdische Religionszeichen, das meist hier die Namen eines Europa-Emigranten trägt, der für die Freiheit fiel. Deutsche Besucher gehen oft an diesen Soldatenfriedhöfen vorbei. Belgier, Franzosen, Luxemburger und Holländer betreten die wohl modernsten Friedhöfe Europas andächtig und dankbar.

Es sind die Friedhöfe zweier Weltkriege. Da sind die Toten des Herbstes 1918. Die schwere jahrelange Schlacht um Verdun sah die Amerikaner auf dem rechten Flügel. Bei Saint Mihiel und vor allem bei Montfaucon fechtete das amerikanische Expeditionskorps entscheidend. Der grosse Friedhof bei Montfaucon mit einer riesigen Säule erinnert an die Kämpfe um das Dorf Romagne. Hier liegen allein 14 246 Amerikaner begraben, davon 483 unbekannte, die in zwei Monaten 1918 fielen. Insgesamt 30 000 Amerikaner aus dem ersten Weltkrieg bergen die Friedhöfe Frankreichs.

Die doppelte Zahl - 60 000 Amerikaner - sind auf nordwesteuropäischen Friedhöfen von zweitem Weltkrieg her bestattet. 22 Jahre später wurde Frankreich von den Deutschen überwältigt. Im August 1944 begann von der Normandie her auch das grosse Sterben für die Amerikaner auf europäischer Erde wieder. Nochmals wurde am 31. August 1944 Verdun eingenommen. Nochmals brachten die Amerikaner Opfer für die Befreiung eines unterdrückten Landes. 9386 Amerikaner liegen in der Normandie. 8301 in Mergaroten in Holland. 5076 auf dem wunderbaren Friedhof in Luxemburg, auf dem Tafeln alle Phasen der Kämpfe 1944 - 1945 bis zum Kriegsschluss zeigen. 10 489 gefallene Amerikaner ruhen auf einem Friedhof der Lorraine. Viele andere Grabstätten durchziehen diese Länder der Benelux-Staaten und Frankreichs. Die "andere Seite" war die Seite Europas. Amerikaner gaben ihr Leben. Liberty war kein Schlagwort. Es wurde mit Blut bezahlt. Peace and Honor den Schlafenden, ob unter Kreuz oder Davidstern!

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel